

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

10.7.1928 (No. 159)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Amend,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volkskalenderblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Letzte Nachrichten

#### Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags

BDZ. Berlin, 10. Juli (Tel.) Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags trat heute vormittag um 10 Uhr im Reichstag unter dem Vorsitz des Abg. Scheidemann (Soz.) zu einer Sitzung zusammen. Der Vorsitzende gebachte vor Eintritt in die Tagesordnung der Erkrankung des Reichsaussenministers Stresemann und sprach Gedenkwünsche des Ausschusses aus. Dann nahm Staatssekretär Schubert das Wort zu längerer Ausführungen über den Kellogg-Pakt. — Auf der Tagesordnung der Sitzung stehen weiter Beratungen über das Sicherheitskomitee und die Völkerbundratsitzung.

Über die Arbeiten des Sicherheitskomitees sprach alsdann Staatssekretär a. D. v. Simson. Den Erklärungen des Beiraters der Reichsregierung folgte eine umfangreiche Aussprache. Die Sitzung, an der auch Reichskanzler Müller teilnimmt, dauert zur Zeit noch an.

#### Die Sozialisten und Paul-Boncour

BDZ. Paris, 10. Juli (Tel.) Wie der „Petit Parisien“ aus St. Etienne berichtet, hat der Hauptauschuss des sozialistischen Bezirksverbandes der Loire sich mit 32 gegen 6 Mandaten für die Entschädigung ausgesprochen, die die Zurückberufung des sozialistischen Abgeordneten Paul-Boncour als französischer Delegierter im Völkerbund fordert.

#### Bombenanschlag in Moskau

BDZ. Moskau, 9. Juli (Telegraphenagentur der Sowjetunion). Zwei aus Paris über Bulgarien und Rumänien unter Mithilfe des rumänischen Spionagedienstes hier eingetroffene Weisgardisten warfen am 6. d. M. eine Bombe in die Büros zur Verteilung von Einflugscheinen für die staatliche politische Verwaltung. Ein Notarist wurde getötet, ein zweiter schwer verletzt. Bei der Verfolgung wurde der eine Verbrecher namens Radewitsch, ein ehemaliger Wangel-Offizier, getötet, während der andere Weisgardist bei der Stadt Bobolst im Gouvernement Moskau verhaftet wurde.

#### Katholikenverhaftungen in Mexiko

BDZ. Mexiko, 10. Juli (Tel.) 50 römische Katholiken, darunter ein Priester, wurden gestern von der Geheimpolizei in einem Priebathause verhaftet, in dem sich ein Altar und alle notwendigen Geräte zur Abhaltung einer Messe befanden. Die Verhafteten wurden beschuldigt, sich gegen die religiösen Geseze vergangen zu haben.

#### Die Taufe des neuen deutschen Zeppelins

In der großen Halle des Luftschiffbaues zu Friedrichshafen wurde Montag mittag 11.30 Uhr die Taufe des neuen Zeppelinluftschiffes vollzogen. Neben Kommerzienrat Golsmann, Dr. Edener, Direktor Winkle und Professor Hergesell bemerkte man Gräfin Brandenstein-Zeppelin, die Tochter des verstorbenen Grafen mit ihren zwei Töchtern an der Seite ihres Gemahls. Eine große Anzahl geladener Gäste wohnte dem Taufakt bei. Dr. Edener gab in einer Ansprache seiner Freude Ausdruck. Mitglieder des Deutschen Luftfahrtverbandes begrüßten zu können, der die Tradition der Luftschiffahrt Deutschlands verkörpere. Er betonte ferner, daß an der Taufe das deutsche Volk imigen Anteil nehme. Oberbürgermeister Dr. Würide, Konstant, überbrachte die besten Wünsche der Geburtsstadt Zeppelins. Staatsminister a. D. Dr. Dominicus übermittelte die Glückwünsche des Deutschen Luftfahrtverbandes und Ministerialrat Steiger, Stuttgart, die Glückwünsche der württembergischen Regierung und des württembergischen Volkes. Darauf hielt Gräfin Brandenstein-Zeppelin die Taufansprache. Sie gedachte dabei in pietätvoller Weise ihres Vaters, der sich stets über jeden Fortschritt auf technischem Gebiete gefreut habe. Mit einem „Gud ab, Graf Zeppelin“, vollzog sie den Taufakt.

153 sozialdemokratische Reichstagsmandate. Der „Vorwärts“ meldet: „Im Wahlkreis Ostpreußen sind durch ein Versehen beim Abzählen die Stimmen aller Parteien von 50 Wahlbezirken im Landkreis Gerdauen nicht mitgezählt, darunter 4622 sozialdemokratische Stimmen, die auf die Reichsliste fallen. Dadurch erhöht sich der sozialdemokratische Stimmenanteil auf der Reichsliste von 26165 auf 30 787 Stimmen. Da auf einen Rest von mehr als 30 000 Stimmen noch ein Mandat entfällt, muß der sozialdemokratische Reichsliste das zehnte Mandat zugewiesen werden, das auf den Genossen Falkenberg fällt. Die sozialdemokratische Fraktion wird dadurch 153 Mitglieder stark.“

Zu dem Verfahren gegen den Reichsbahnoberbaudrat Schulze wegen Veltachung ist auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Frey das Verfahren vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte nicht eröffnet, vielmehr wegen der erheblichen Einwendungen gegen die Anklage von der Strafkammer des Landgerichts I Voruntersuchung eröffnet worden.

Erkrankung Gialittis. Das Befinden des greisen ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Gialittis ist sehr ernst. Es handelt sich mehr um einen allgemeinen Schwächezustand in anbeacht der 86 Jahre des greisen Staatsmannes. Besonders besorgniserregend ist dabei, daß die Nieren nicht mehr funktionieren. Die Kinder und Enkel Gialittis sind in Casoum an seinem Krankenlager versammelt.

### Titisee, Schluchsee u. die Oberrheinfragen

In Ergänzung unserer gestrigen Wiedergabe der Rede des Finanzministers bei der Besichtigungsfahrt des Landtags tragen wir noch die Ausführungen des Regierungsbaurats Henninger vom Wadenwert und des Präsidenten Dr. Fuchs von der Oberdirektion der Wasser- und Straßenbauverwaltung nach.

#### Regierungsbaurat Henninger

fährte aus:

##### Der Titisee

In allen Entwürfen für eine Ausnützung des Schluchsees zur Krafterzeugung spielt die Heranziehung der Quellgebiete der Butach am Feldberg eine wesentliche Rolle. Der am 2. Juli 1928 vom Bezirksrat Neustadt i. Schw. konzeptionierte Vorentwurf des Wadenwerts sieht vor, daß durch einen Gangkanal, der auf etwa 1000 Meter Höhe oberhalb des Wunderlehofes im Sägenbach beginnt und im Windgäßlweiher endet, das hochgelegene Einzugsgebiet des Seebaches und der Gaslach erfährt wird und die Abflussumengen aus diesem Gebiet dem Schluchsee zugeleitet werden.

Dieser Wasserentzug macht sich namentlich zur Niedrigwasserzeit an den berühmten Flußläufen Seebach, Gaslach, Gutach und Butach bis zur Mündung in den Rhein hin geltend. Zum Ausgleich dieser Schädigungen an der Gutach und Butach, soweit sie die in der überwiegenden Mehrzahl nieder ausgebauten Triebwerke und die Landwirtschaft betreffen, ist eine Erweiterung der Titiseeregulierung vorgesehen. Über die in letzter Stunde vor der Bezirksratsitzung noch eine grundsätzliche Einigung mit den Interessenten am Titisee zustande kam.

Die bisher 75 Zentimeter betragende Spiegelschwankung im bewirtschafteten Seeraum wird in der Sommerzeit 1,15 Meter, im Winter 1,80 Meter betragen. Dabei wird die 40 Zentimeter betragende Erhöhung der Sommeramplitude hälftig auf eine Erhöhung des Staueisles und auf eine Vertiefung des Abflusses verteilt. Zur Vermeidung größerer, freilegender Flächen des Bodens bei der Abflutung hat sich das Wadenwert zur Ausbaggerung an den flachen Stellen des Sees verpflichtet. Der Wert der Titiseeregulierung besteht für die Unterlieger vor allem darin, daß künftig eine gesetzmäßige, auf den Bedarf der Unterlieger eingestellte Bewirtschaftung des Sees eintritt, die insbesondere in der Gutach eine erhebliche Verbesserung der Niedrigwasserführung ergibt, weil auch der Wasserentzug des Gaslachgebietes durch den Titisee zugunsten der Unterlieger an der Butach ausgeglichen wird. Eine Entschädigung der Triebwerksbesitzer durch Lieferung elektrischer Energie hätte die Frage der Entschädigung der Wiesenbesitzer an der unteren Gutach offen gelassen, die Entschädigung durch Lieferung von Wasser hat aber gerade bei den nieder ausgebauten Triebwerken auch den Vorteil, daß sie in weiten Grenzen, unbeschadet durch das Schluchseewerk, ihre Leistungen noch erhöhen können.

Wenn sich auch gerade in diesem Teil des Entwurfs bis in die letzte Zeit hinein scharfe Angriffe in der Presse geltend machten, so werden die Vereinbarungen, die mit den Seeanliegern getroffen wurden und die in den Konzessionsbedingungen beantragt sind, sicherlich eine Verhütung auslösen und die Abzweigung bringen, daß in weitgehendstem Maße für die Erhaltung des schönen Landschaftsbildes am Titisee gesorgt ist. Der Windgäßlweiher, am Ende des Gangkanals gelegen, wird lediglich von dem Zufluß aus dem Feldberggebiet durchflossen. Der bisherige Abfluß nach der Gaslach hin wird geschlossen und damit der Abfluß nach dem Schluchsee hin freigegeben.

##### Der Schluchsee

bildet die Sammelstelle des Wassers, das in dem Schluchseewerk ausgenützt werden soll. Er wird durch Auffassung um 29 Meter zu einem 108 Millionen Kubikmeter Wasser fassenden Speicherbecken ausgebaut. Der Abschluß geschieht durch eine Sperrmauer im Schwarzatal, die 75 000 Kubikmeter Betonmauerwerk erfordert. Die Oberfläche des Schluchsees, die heute rund 1 Quadratkilometer beträgt, wird auf das fünffache vergrößert; das Gelände ist bereits mit 95 Prozent für die Zwecke der Einstauung sichergestellt. Außer dem Windgäßlweiher mit seinem Zufluß aus dem Gangkanal wird auch der Auda, ein Nebenfluß der Netma, und der Habsmoosbach, ein Nebenfluß der Schwarz, dem Schluchsee zugeleitet; damit erreicht der Jahreszufluß zum Schluchsee 94 Millionen Kubikmeter, d. i. im Mittel rd. 3 cfm/sec.

Die Entnahmestelle liegt an der Seebalde gegenüber dem Dorfe Schluchsee; ein 6 Kilometer langer Stollen von 3,80 Meter l. B. führt das Wasser im Gebirge nach dem Klemmbuch bei Häusern; dort wird der Stollen in zwei Hochleitungen übergeführt, die das Werkwasser von Mag. 62 cfm/sec. den Maschinen im Krafthaus Häusern zuleiten. Das mittlere Nutzgefälle dieser Oberstufe des Schluchseewerks beträgt 201 Meter.

Im Krafthaus Häusern werden Maschinen von 72 000 kw betriebsmäßiger Leistung aufgestellt. Das von den Turbinen verarbeitete Wasser wird in dem 1,87 Millionen Kubikmeter nutzbaren Stauraum aufweisenden Schwarzabeden gesammelt. Durch vier Pumpen von je 6 cfm/sec. Förderleistung kann das Wasser aus dem Schwarzabeden nach dem Schluchsee zurückgeführt werden. Diese Pumpenpeicherung bildet eine wertvolle Ergänzung der Nutzerzeugung des Schluchseewerks aus dem natürlichen Zufluß und ermöglicht gleichzeitig die Ausnützung von Abfallkraft bei den mit dem Schluchseewerk zusammenarbeitenden Werken, insbesondere den Rheinwerken. Durch diese Veredlung der Abfallkraft zu hochwertiger Kraft

kann die Erzeugungsfähigkeit der Rheinwerke nahezu restlos ausgenützt werden.

An das Schwarzabeden schließt sich als Ausgleichwerk die Stufe Eichholz an. Diese bildet ein Teilstück des II. Ausbaues des Schluchseewerks. Aus diesem Grund ist der 2,8 Kilometer lange Zuleitungstollen auf der linken Seite des Schwarzatales auf die künftige Vollerzeugung und daher mit 3,7 Meter l. B. vorgesehen. Das mittlere Nutzgefälle des Werkes Eichholz beträgt 128 Meter, die Ausbauleistung 28 000 kw.

Die gesamte betriebsmäßige Leistung des I. Teilausbaues des Schluchseewerks beläuft sich auf 100 000 kw. Die Jahreserzeugung aus dem natürlichen Zufluß beträgt 73 Millionen kwh. Hierzu kommt dann noch der Gewinn aus der Pumpenpeicherung. Der Nutzeffekt dieser beträgt 60 Prozent. Rechnet man mit 100 Millionen kwh Pumpstromaufnahme/Jahr, so können insgesamt 130 Millionen kwh abgegeben werden. Die Erzeugung wird in einzelnen Jahren, je nach der Wasserführung des Rheins, verschieden sein; sie wird in trockenen Jahren ein Maximum erreichen und in nassen Jahren zurückgehen. Entsprechend dem Sommerregime des Rheins wird die Abgabe von Kraft in der Hauptzeit im Winter erfolgen und dieserhalb das Werk Eichholz im Sommerhalbjahr stillliegen.

Der Generalentwurf für den Ausbau des Schluchseewerks sieht auf Grund des öffentlichen Wettbewerbes aus den Jahren 1921/22 als Ergänzung zum I. Teilausbau die Heranziehung der Alb vor, wobei diese unterhalb St. Blasien gefahrt und durch einen Stollen dem Schwarzabeden zugeleitet wird. Der Eichholzstollen wird nach dem Wettmatal fortgeführt. Dort entsteht ein Speicherweiher, von dem aus die Druckleitung nach dem Werk Bismarck führt. Dieses wird im Talboden verankert angelegt und mit dem Schluchseewerk unterhalb der Bismarck Mühle verbunden. An dieses schließt dann endlich die III. Stufe mit einem Stollen an, der zum Hapfelberg bei Waldshut mündet und das Wasser dem Kraftwerk Waldshut der Unterstufe, das unmittelbar am Ufer des Rheins erstellt wird, zuleitet. Die Gesamterzeugung des Schluchseewerks im Vollausbau wird etwa 350 Millionen kwh betragen.

##### Die Oberrheinfragen

In seinem Vortrag in Waldshut bemerkte

#### Präsident Dr. Fuchs:

Der Rheinstrom berührt auf etwa 400 Kilometer Badens Gebiet; er ist sein wichtigster Vorfluter, seine hauptsächlichste Kraftquelle und mächtigste Verkehrsstraße. Der Rhein ist das Rückgrat der badischen Wirtschaft, und dies rechtfertigt das besondere Interesse, welches die Volksvertretung an ihm nimmt.

Als Hauptentwässerungskanal des Landes ist der Rhein von Tulla im Wesentlichen ausgebaut. Die Erschließung seiner Wasserkraft ist am Hochrhein seit 25 Jahren im Gange. Der Ausbau der Rheinwasserstraße schreitet seit 25 Jahren von Mannheim aufwärts. Insbesondere auf den beiden letzteren Gebieten sind noch große Aufgaben zu lösen.

Lange Zeit war Mannheim der Endpunkt der großen Rheinschiffahrt. Der im Jahre 1871 vollzogene Anschluß Elz-Lothringens an Deutschland gab den Anstoß, Straßburg die Vorteile einer Großwasserstraße zu bringen. In dem langen Interessenstreit, ob ein linksrheinischer Seitenkanal oder die Regulierung des freien Rheins von Mannheim bis hinunter nach Straßburg durchgeführt werden sollte, siegte Konfess Plan, der dem Interesse der Rheinschiffahrt bei geringsten Kosten am besten gerecht wurde und beide Rheineiten an den großen Wasserverkehr heranbrachte. Die Regulierung zwischen Sondernheim und Straßburg schuf einen Wasserweg, der an durchschnittlich 10 1/2 Monaten eine Wassertiefe von mindestens 2 Meter bei rund 90 Meter Fahrwasserbreite hat. Die Leistungen der Schlepper sind gegen früher um 25 Prozent, die Ausnützung des Fahrwasserumfanges um 40 Prozent gestiegen. Der Verkehr von Straßburg-Neßl hat seit dem Beginn der Regulierungsarbeiten im Jahre 1907 sich vervielfacht. Straßburg erweitert seine Hafenanlagen nach einem Plan, nach dessen Verwirklichung mindestens 12 Millionen Tonnen umgeschlagen werden könnten; a. St. beträgt der Rheinverkehr dort schon etwa 5 Millionen Tonnen. Was könnte noch besser für den Erfolg der Konfess Plan Rheinregulierung sprechen!

Die Bestrebungen zur Ausdehnung der Großschiffahrt von Straßburg nach Basel gingen hauptsächlich von der Schweiz aus, wurden aber auch von deutscher Seite, insbesondere dem Konstanzer Rheinschiffahrtsverband unterstützt. Gelpke in Basel wurde der unermüdete Verfechter der Fortführung der Rheinregulierung, noch ehe sie bis Straßburg gekommen war. Snippischer und Fendel waren die erfolgreichen Pioniere der Basler Fahrten vor dem Krieg.

Die Schweiz verlangte die Verbesserung der Rheinstrecke Straßburg-Basel, ohne sich durchsetzen zu können. Am Elz schloß man die Ausnützung jener Rheinstrecke für die Kraftgewinnung wobei man an die Ableitung des Rheinwassers in Kraftkanäle dachte, welche allerdings auch eine bescheidene Schiffahrt gestatten sollten. Ein Entwurf für ein Remberl Werk war schon nahe an der Ausführung, als Baden widersprach, weil es die Belange der Schiffahrt nicht hinreichend gewahrt sah. Wohl dachte man damals auch in Baden an gleichzeitige Ausnützung der Wasserkraft und Fortsetzung der Schiffahrtsstraße bis Basel und darüber hinaus zum Bodensee; doch hoffte man dieses Ziel zweckmäßiger durch eine Kanalisierung des Rheinstromes zu erreichen. Während Straßburg durch die Fortsetzung der Schiffahrt nach Basel seine durch die Regulierung Sondernheim—Straßburg



erlangte Vorzugsstellung zu verlieren fürchtete, und die elässischen Bahnen und Kanäle der Transporte von Straßburg nach der Schweiz und Italien teilweise beraubt werden mußten, hatte Baden zwar auch Verluste von der Verlegung des Endpunktes der Schifffahrt nach Basel zu erwarten, konnte aber hoffen, die Nachteile einigermaßen auszugleichen, wenn die Großschifffahrt über Basel hinaus bis zum Bodensee weitergeführt wurde. Deshalb stellte sich die badische Regierung von Anfang an der Schiffarmachung des Oberrheins nicht entgegen, sondern verlangte nur von der Schweiz die gleichzeitige Kanalisierung des Hochrheins. Um dazu Pläne zu gewinnen, wurde durch Baden und der Schweiz ein Wettbewerb finanziert, dessen Abschluß der Krieg verzögerte. Deutscherseits wurde ferner ein Büro in Aussicht genommen, dem die Entwurfsarbeit für die Schiffarmachung der Gesamtstrecke Straßburg-Bodensee übertragen werden sollte. Der Kriegsausgang hätte diesen Plan und veränderte die politischen Machtverhältnisse am Ober- und Hochrhein; diese Veränderungen wirkten auf die Entwicklung der Dinge einseitig und zum Nachteil der Schifffahrt ein.

Der Versailler Vertrag erkannte Frankreich das alleinige Recht zur Ausnutzung des Rheins zu, allerdings unter gewissen Kautelen zugunsten der Schifffahrt; diese selbst wurde dadurch in die zweite Reihe gerückt und der Kraftgewinnung nachgeordnet. Deutschland behielt überhaupt kein Recht der Wasserführung mehr, konnte also auch seinen Kanalisierungsentwurf nicht mehr selbständig verfolgen. Am Hochrhein wurden der Schweiz gewisse Vorrechte gegenüber Deutschland gewährt. So war es natürlich, daß Deutschland seine Belange gemeinsam mit der Schweiz vertrat, während Frankreich ohne Rücksicht auf diese beiden von den Rechten des Versailler Vertrags Gebrauch machte. Es arbeitete den Plan des Grand canal d'Alsace aus. Ein Seitenkanal der unterhalb der Schweizer Grenze abgweigt und bis Straßburg fortgeführt wird, soll bis zu 80 Kubikmeter Wasser dem Rhein entnehmen, das in 8 Gefällstufen und ebensoviele Kraftwerken mit insgesamt rund 100 Meter Gefälle ausgenutzt werden soll; rund 3 Milliarden Kilowattstunden sollen jährlich gewonnen werden. Die Schifffahrt soll den Kanal gleichfalls benutzen und durch Schleusen die Gefälle zwischen den Stufen überwinden. Die Wassertiefen sollen 7 bis 9 Meter sein; die Sohlenbreite ist 80 Meter. Trotz schwerer Bedenken deutscher, schweizerischer und niederländischer Schifffahrtsexperten hat die Zentralkommission genehmigt, das französische Unternehmen nicht abzulehnen zu dürfen; wohl sind ihm verschiedene Auflagen gemacht. Die deutschen Vertreter konnten zwar der Klemmer Stufe zustimmen, nicht aber der weiteren Fortsetzung, weil sie der Überzeugung waren, daß der Kanal die Bedingungen des Versailler Vertrages nicht erfüllte. Überdies bringe der Kanal schwere Schädigungen der badischen Landwirtschaft und der Verkehrsökonomie.

Der von der Bad. Wasser- und Straßenbaudirektion für die Schweiz bearbeitete Regulierungsentwurf für die Strecke Straßburg-Stein vermeidet diese Schäden und gibt der Schifffahrt die Stelle, welche ihr nach der Rheinschiffahrtsakte zukommt. Durch ein System von Dämmen und Grundschwellen soll ein Niederwasserbett in den Rhein eingebaut werden, welches die kleinen Wassermengen in einer geschlossenen Rinne zusammenhält und weder die tiefen Röhre noch die seichten Übergänge mehr kennt, wie sie im unregulierten Fluß vorkommen. Dadurch wird sich ein im Flußbett sich schlängelnder Schiffabweg ausbilden, der ein Mittel der Jahre an mindestens 318 Tagen eine Breite von 75 Meter u. eine Tiefe von 2 Meter bieten wird. Die Schifffahrt wird damit praktisch das ganze Jahr bis Basel betrieben werden können. Die Kosten sind auf 50 Millionen Reichsmark berechnet; die Ausführung erfordert insgesamt 10 Jahre. Ein Schiffszug wird unbehindert durch Schleusen in wesentlich kürzerer Zeit von Straßburg nach Basel und zurückfahren als im Kanal. Der regulierte Rhein ist ein Wasserweg von beinahe unbegrenzter Leistungsfähigkeit gegenüber dem Kanal. Kraftgewinnung ist freilich ausgeschlossen. Der Entwurf ist durch die Zentralkommission genehmigt.

Beide Pläne können auf die Dauer nicht nebeneinander bestehen. Ob und in welchem Umfang aber der Grand canal zur Ausführung kommt, ist noch unklar. Er ist sehr teuer; seine Wirtschaftlichkeit ist fraglich und kann durch Fortschritte der Wärmekraft gänzlich aufgehoben werden. Jedenfalls ist eine lange Periode nötig. Inzwischen können die Kosten des regulierten Rheins sich bezahlt gemacht haben. Diese Erwägung hat die Schweiz veranlaßt, mit Deutschland in Verhandlungen zu treten. Wenn auch Deutschland nicht entfernt so große Interessen an der Oberrheinregulierung hat als die Schweiz, ja sogar mit gewissen Verlusten seiner Oberrheinhäfen sowie mit Ausfällen an Eisenbahneinnahmen rechnen muß, so hat es doch das allgemeine Interesse an der Entwicklung der Rheinschifffahrt zu vertreten. Außerdem ist ihm die Regulierung bis Stein die Vorbedingung zur Fortführung der Rheinschifffahrt nach dem Bodensee, wodurch die gesamte Hochrhein- und Bodenseeregion dem Wasserverkehr erschlossen werden soll. Unter diesen Gesichtspunkten kann man es rechtfertigen, daß die Reichsregierung an den Kosten der Regulierung und der Unterhaltung der Werke sich beteiligt und auch das Risiko für etwaige Schäden übernimmt, welches die Regulierung vielleicht der schon bestehenden Regulierung bringen könnte. Dies jedoch unter einer Voraussetzung, nämlich daß die Schiffarmachung des Hochrheins in absehbarer Zeit kommt. Ohne Zweifel ist die Schweiz bereit, dem Eintritt dieses Zeitpunktes gemeinsam mit Deutschland zu beschleunigen. Vor allem kann dies durch föderale Ausnutzung der Kraftwerke am Hochrhein geschehen. Nur noch wenige Konzessionen stehen aus; die Schweiz darf die Kraftausfuhr nicht erschweren; bei der Erteilung der Konzessionen müssen die Belange der späteren Schifffahrt gewahrt werden. Dies wird um so leichter sein, als ein ausgegearbeiteter Entwurf für die Kanalisierung des Hochrheins vorhanden ist.

Die Aussichten für eine Verständigung der beteiligten Länder erscheinen äußerst günstig. Die mit Frankreich erforderlichen Abmachungen können seine ersten Schwierigkeiten verursachen, da Frankreich sich früher schon verpflichtet hat, der Regulierung seinen technischen und administrativen Beistand zu geben.

So schreitet die Aufbarmachung des Ober- und Hochrheins als Schifffahrtsstraße und Kraftquelle fröhlich vorwärts; sie verspricht den Ländern am Rhein Segen und Fortschritt.

Das Reichsbanner für den Nationalfeiertag. Auf Anordnung des Bundespräsidenten des Reichsbanners marschieren am heutigen Dienstag, abends, überall im Deutschen Reich, die Mitglieder des Reichsbanners zu Kundgebungen für das Geseß über den Nationalfeiertag auf, dessen erste und zweite Lesung heute nachmittags 3 Uhr im Reichstage beginnt.

Eine Verfassungsplakette. Reichspräsident von Hindenburg hat, laut Mitteilung des Reichsministers des Innern, genehmigt, daß bei größeren, zur Feier des Verfassungstages stattfindenden sportlichen Wettkämpfen eine auf den Verfassungstag hinweisende Plakette verliehen wird.

Prof. Radbruch spricht bei der Verfassungsfeier in Berlin. Der frühere Reichsjustizminister Prof. Dr. Radbruch, Heidelberg, wird bei der diesjährigen Verfassungsfeier in Berlin am 11. August die Festrede halten.

## Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten

### Der Zusammentritt des Reichstags

Nach der Pause tritt am heutigen Dienstag der Reichstag zu seinem, voraussichtlich letzten Tagungsabschnitt vor den Sommerferien zusammen. Auf der Tagesordnung der Sitzung, die um 3 Uhr beginnt, steht in erster Linie der Gesetzentwurf über den Nationalfeiertag. Ferner soll die erste Beratung des Straßburger Entwurfes vorgenommen werden, der erneut einem besonderen Ausschuss überwiesen werden soll. Fragen, die noch der Erledigung harren, sind außerdem im Reich vor allem die Amnestie und die Einkommensteuer. Bezüglich der Amnestie werden zunächst die Besprechungen vor allem auf die Länder der Reichsamnestie ist. Um 11 Uhr tritt heute der Rechtsausschuss des Reichstages zusammen, um die Beratung der Amnestiefrage zu beginnen. Ferner hält der Ausschuss eine Sitzung ab, die sich mit dem Kellogg-Pakt, Sicherheitskomitee und Völkerverbundtraktat beschäftigt. Im Sozialen Ausschuss steht die Frage der Krisenunterstützung zur Beratung.

Das Reichskabinett legte am Montag in großen Zügen seinen Arbeitsplan auf Grund der Regierungserklärung fest, insbesondere wurden bereits die in der Regierungserklärung angekündigten Gesetzentwürfe betr. den Reichswirtschaftsrat, die Handelsnovelle, das Berufsausbildungsgesetz und das Schankstättengesetz vom Reichskabinett verabschiedet.

W.D. Berlin, 10. Juli. (Tel.) Vor der Sitzung des Rechtsausschusses hielt im Reichstage Reichsjustizminister Koch eine neue Besprechung mit den Vertretern der hinter der Regierung stehenden Parteien über die Frage der Amnestie ab. Die Besprechungen führten noch nicht zu endgültigen Ergebnissen und sollen fortgesetzt werden. Auch Reichsfinanzminister Dr. Hilferding verhandelte erneut mit den Parteien über die Frage der Senkung der Einkommensteuer. Auch hier ist für den Nachmittag eine Fortsetzung der Besprechung vorgesehen.

Im Reichstage sind wieder zahlreiche Anträge aller Parteien eingegangen, die sich mit Notständen und Wünschen der verschiedensten Berufsgruppen und Gebiete befassen. Besonders zahlreich sind die Anträge zugunsten der Landwirtschaft.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei fordert Aufhebung des Gesetzes über die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch. Bis zur Aufhebung soll die Verteilung dahin geändert werden, daß der bezugsrechte Vorkauf der Konsumenten aufgehoben wird.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei ersucht die Regierung, eine Denkschrift vorzulegen über die Steuerentlastungen, welche die Länder und Gemeinden auf Grund der letzten Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vorgenommen haben.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ersucht in einem Antrag die Regierung, um die schnelle Vorlage des Arbeitsschutzgesetzes einschließlich des Vergarbeitschutzgesetzes, eines Seemannsordnung, eines Berufsausbildungsgesetzes, eines Hausgehilfengesetzes, eines Tarifvertrags- und Arbeitsvertragsgesetzes. Die Pflichtversicherungsgrenze in der Angestelltenversicherung soll nach einem weiteren sozialdemokratischen Antrag auf 9600 M. festgesetzt werden.

Von den Sozialdemokraten wird weiter Aufhebung der Bestimmungen über die Vormergerhebung der Gerichtskosten beantragt.

Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei wünscht, daß so rasch wie möglich die erforderlichen Mittel für Hilfsmaßnahmen in den westlichen und östlichen Grenzgebieten des bayerischen Staatsgebietes zur Verfügung gestellt werden.

Die Bayerische Volkspartei beantragt angesichts der anhaltenden Notlage in der Landwirtschaft die nachstehende Rate des Rentenbankzinses zu erlassen.

Die Deutsche Volkspartei beantragt die Einsetzung eines Ausschusses zur weiteren Durchführung des landwirtschaftlichen Reformprogramms. Ein anderer Antrag derselben Partei verlangt die Förderung des Baugewerbes durch größere Kreditgewährung aus dem Hauszinssteuerertrag, durch Abbau der öffentlichen Kreditbetriebe und durch Vorseinerung der sozialen Bauzinsen.

Ein Antrag der Wirtschaftspartei verlangt die umgehende Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, des Wohnungsmangelgesetzes, Reichsmietengesetzes und Mieterkündigungsgesetzes und die Vorlage eines beschränkten Übergangsgesetzes, durch das bis zur völligen Wiederherstellung der freien Wirtschaft Mieterkündigung gegen unwirtschaftliche Mietssteigerung und gegen Gärten gewährt wird, die sich vorher noch aus dem freien Kündigungsrecht ergeben könnten.

### Die preussische Flaggenverordnung

Im sog. Potsdamer Flaggenstreit fällt der Staatsgerichtshof in Leipzig folgende Entscheidung: Die preussische Verordnung vom 8. August 1927 über das Beflaggen der gemeindlichen Schulgebäude ist mit der preussischen Verfassung unvereinbar. Die Verfassungsmäßigkeit liegt, wie Reichsgerichtspräsident Dr. Simons ausführte, darin, daß die sachlichen Voraussetzungen des Art. 55 der preussischen Verfassung für den Erlass einer Rechtsverordnung in sofern nicht gegeben seien, als der Inhalt der Verordnung nicht mit dem mit der Verordnung verfolgten Ziele adäquat sei. Statt die Verordnung auf den eigentlichen Zweck, die Berechtigung von Zwischenfällen zu beschränken, habe die preussische Regierung die Gelegenheit ergriffen, um das gesamte Flaggenrecht zu regeln. Das bedeute aber eine Verletzung der Rechtslage, so daß die Verordnung infolgedessen als verfassungswidrig vom Staatsgerichtshof anerkannt werden mußte.

Zu der Entscheidung bemerkt das „Berliner Tageblatt“: Diese Entscheidung wird praktische Bedeutung nicht gewinnen, da voraussichtlich schon in den nächsten Tagen die entsprechenden Gesetze im Reichstag und Landtag verabschiedet werden, durch die sichergestellt wird, daß am Verfassungstage auch widerspenstige Kommunen, wie Potsdam und andere alle öffentlichen Gebäude in den Farben des Reiches Schwarz-Rot-Gold zu beflaggen haben. — Die „Germania“ erklärt: Der Staatsgerichtshof gibt zu, daß jene Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts eine Lücke im Gesetz erkennen ließ, die die preussische Regierung nach seiner Meinung in unzulässiger Weise auszufüllen bestrebt war. Aufgabe der ordentlichen Gesetzgebung wird es nun sein, diese Lücke auszufüllen. Sie ist von der Notwendigkeit diktiert, der Reichsflagge die ihr gebührende Achtung und Geltung zu verschaffen.

60. Geburtstag Kossels. Der erste Reichswehrminister der Republik und jetzige Oberpräsident der Provinz Hannover, Gustav Kossel, feierte am Montag in voller Rüstigkeit seinen 60. Geburtstag. Von den höchsten Stellen des Reiches und der preussischen Staatsregierung sind ihm Glückwünsche mit Anerkennung seiner großen Verdienste zum Ausdruck gebracht worden. Der Reichswehrminister äußerte sich in seinem Telegramm: „Ich bin überzeugt, daß die Geschichte ihrem segensreichen Wirken in den schwierigsten Zeiten unseres Vaterlandes voll gerecht werden wird. Wir Soldaten erkennen jedenfalls schon heute diese Tat dankbar an und verbinden mit unserem Dank unsere herzlichsten Glückwünsche zum 60. Geburtstag.“

### Die Vorgänge bei den Deutschnationalen

Zum Streit Eugenbergs-Westarp meldet der „Jungdeutsche“ noch folgende Einzelheiten aus der Lagung der deutschnationalen Parteivertreter:

Die Erörterungen beziehen sich nicht mehr so sehr auf das Thema Republik oder Monarchie, sondern darauf, ob die Sozialrichtung in der Partei herrschen soll oder Konzernpolitik des Geheimen Finanzrates Eugenbergs. So ist der Fall Lambach der Grund für einen schärferen Zusammenstoß zwischen dem bisherigen Parteiführer, dem Grafen Westarp, und dem Abg. Eugenbergs geworden. Der Abgeordnete Eugenbergs hat innerhalb der Fraktion eine alldeutsche Vereinigung gegründet und die Parteinstanzen wissen lassen, daß diese Vereinigung Fraktionsstärke habe; das bedeutet also, daß Eugenbergs sich gegen die Drohung Eugenbergs. Graf Westarp wandte sich natürlich selbstständig machen konnte. Graf Westarp vormittag zeigte sich dieser Zwist zwischen dem Grafen Westarp und dem Abg. Eugenbergs in der Parteivertretung ganz klar. Graf Westarp stellte den Antrag, daß die Parteivertretung im Falle Lambach die Entscheidung den zuständigen Parteimitgliedern überlasse. Geheimrat Eugenbergs setzte diesem Antrag ein „Nein“ entgegen. Er wollte sofort über den Ausbruch Eugenbergs verhandelt haben. In der Abstimmung blieb Graf Westarp mit 64 gegen 67 Stimmen in der Minderheit. Er legte darauf den Parteivorstand sofort nieder und verließ den Saal. Darauf faßte man einstimmig einen Beschluß, daß die Parteivertretung auch weiter zum Grafen Westarp als Parteiführer das Vertrauen habe. Der Abg. Wallroff wurde beauftragt, den Grafen zurückzuholen. Nach einigem Zögern war dieser bereit.

### Verschiedenes

#### Die gescheiterte Nobillexpedition

Hauptmann Tornberg, der Leiter der schwedischen Hilfs-Expedition auf Spitzbergen, sandte einen ausführlichen Situationsbericht, der zuerst ein völlig klares, objektives Bild gibt. Die noch auf der Eisinsel befindlichen Mitglieder der Nobille-Gruppe seien deprimiert und krank. Sie verfügten noch über Lebensmittel für drei Monate. Eine Landung mit leichteren Flugzeugen könne nur noch ausgeführt werden, wenn die Temperatur unter Null sinke. Aber auch dann sei das Risiko sehr groß. Der russische Eisbrecher „Krasin“ dürfe eventuell, wenn bessere Witterungsverhältnisse eintreten oder der Kurs geändert würde, die Gruppe erreichen können. — Die Malmgreen-Gruppe, bestehend aus dem schwedischen Begleiter Nobiles, dem schwedischen Forscher Malmgreen und zwei italienischen Offizieren, konnte auf dem Nordostland weder durch Flugzeugbeobachtungen noch durch die Hundeschlittene Expedition festgestellt werden. Die Gruppe muß sich deshalb noch auf dem Treibeis befinden oder umgekommen sein. Der Proviand der Truppe reicht noch für eine weitere Woche. Sie verfügt aber über keine Waffen und ihre Schutzkleidung ist schlecht. Die Gruppe, die vom Luftschiff fortgeführt wurde, dürfte bei der Explosion umgekommen sein, welche die Nobille-Gruppe, wie unter der Hand erklärt wurde, beobachtet haben will.

W.D. Kingsbay, 10. Juli. Nach Pressemeldungen aus Spitzbergen, verbrachte der schwedische Fliegerhauptmann Lundborg zusammen mit der Gruppe Viglieri eine furchtbare Zeit auf dem Treibeis. Die Italiener waren alle vom Fieber erfaßt und einige von ihnen phantasierten zeitweilig und benahmten sich wie Geistesranke. Seccioni war schwer erkrankt. Den Italienern standen nur wenige und recht unappetitliche Lebensmittel zur Verfügung. Die Eisverhältnisse waren sehr schlecht, und neben der Kälte herrschte ein starker Nebel. Es war zwar möglich, das nur wenige Meilen entfernte liegende Land zu sehen, doch unmöglich, über das Eis dorthin zu gelangen.

W.D. Rom, 9. Juli. (Tel.) Die „Citta di Milano“ meldet über Stalhard, daß in der Nobille-Expedition bei Anwendung der kurzen Wellen seit zwei Tagen absolutes Schweigen herrscht und daß alle Schiffe, die sich in Kingsbay befinden, in der gleichen Lage sind. Da die Gruppe Viglieri auch nur über einen Kurzwellensender verfügt, ist man seit zwei Tagen ohne jede Nachricht von ihr. Die „Draganca“ ist mit einem finnländischen Flugzeug an Bord nach dem Nordkap abgegangen.

#### Massenvergiftung auf einer Rheinreise

pr. Berlin, 10. Juli. (Priv.-Tel.) Wie die „Berliner Bg.“ aus München meldet, haben sich zahlreiche Teilnehmer an einer Rheinlandsfahrt, die Ende vergangenen Monats vom Deutschen Touring-Club unternommen worden war, schwere Vergiftungen zugezogen. In München sind von erkrankten Teilnehmern zwei bereits gestorben. Der veranstaltende Klub hat bei den Teilnehmern an der Fahrt, die in ganz Deutschland zerstreut sind, sofort Erkundigungen eingeholt und festgestellt, daß insgesamt rund 200 Personen unter den 850 Fahrtteilnehmern von Erkränkungsverhörungen betroffen worden sind. In München sind zur Zeit zehn Personen in ärztlicher Behandlung.

#### Die „Bremen“ gekündigt?

W.D. London, 9. Juli. (Tel.) „Daily Mail“ berichtet aus Montreal: Eine Meldung aus Blanc Sablon besagt, das Oceanflugzeug „Bremen“ sei von einer Anzahl Männer gekündigt worden. Sie hätten Kompaß und andere Navigationsinstrumente gestohlen. Der Mechaniker Tibault habe die Räder mit seinem Gewehr vertrieben. Es seien jetzt in Gile Leute entandt worden, um dem einsamen Wächter des Flugzeuges Beistand zu leisten.

#### Die Katastrophe des „Angamos“.

W.D. Santiago de Chile, 10. Juli. (Tel.) Nach einer amtlichen Meldung ist die Verastliste anlässlich des Unterganges des Dampfers „Angamos“ nicht ganz so hoch, wie anfangs befürchtet wurde. Die Gesamtzahl der Toten wird jetzt auf ungefähr 200 angegeben. Soweit bekannt, sind nur sechs Personen gerettet worden. Zur Zeit des Unterganges des Schiffes befanden sich neun Offiziere, 124 Mann und 82 Passagiere, d. h. 215 Personen an Bord.

### Kurze Nachrichten aus Baden

ld. Baden-Baden, 9. Juli. Der frühere Großherzog, der sich zur Zeit in Baden-Baden aufhält, begibt heute seinen 71. Geburtstag.

Lauda, 9. Juli. Wie die „Lauderzeitung“ hört, ist nunmehr endgültig entschieden, daß das für die Bezirke Mergentheim, Gerabronn, Tauberhofsheim und Weiskirchen errichtete Arbeitsamt seinen Sitz nicht in Lauda, sondern in Bad Mergentheim erhält.

D. Weil-Leopoldsdorf, 9. Juli. In der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr, brach in der an der Galtiner Straße gelegenen großen Holzhandlung Febr ein Brand aus, der mit rasender Schnelligkeit um sich griff und Lager, Werkstatte, Autogarage, sowie zwei angebaute Wohnungen in Asche legte. Der Schaden ist sehr groß. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht ermittelt werden.



# Badischer Teil

## Badischer Landtag

10. Juli.

Präsident Dr. Baumgartner eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß das Staatsministerium Mitteilung über den Staatsvertrag zwischen Preußen, Bayern, Württemberg und Baden zur Regelung der Lotterieverhältnisse gemacht hat.

Eingegangen sind Anträge der Abg. Dr. Führ und Dr. Baumgartner (Zentr.) zum Finanzgesetz. Der Verband der badischen Ziegeleibesitzer wendet sich in einer Eingabe gegen die Verwendung ausländischer Ziegeleierzeugnisse.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) eine gegen die Kommunisten gerichtete Erklärung ab, die ihm bei der Kultusdebatte auf die Vermerkung, viele katholische Geistliche bezögen weniger Einkommen, als kommunistische Parteifunktionäre, zugezogen haben, er, Dr. Schöfer, möge dafür den Wahrheitsbeweis antreten. Der Fraktionschef des Zentrums erinnert nun an eine Aussage des Abg. Ritter vor dem Mannheimer Arbeitsgericht, derzufolge der Abg. Schöfer 450 M. Angestellte der kommunistischen Zentrale 600 M. und mehr an Gehalt beziehen.

Das Haus nimmt dann eingehend Berichte der Abg. Seuber (Zentr.) und Günbert (D. P.) über Hauptabteilung VII des Staatsvoranschlags.

### Finanzministerium

entgegen. Letzterer behandelt ausschließlich die Fragen des Wasser- und Straßenbaus. Über den Verlauf der Ausschüßberatungen und die gefassten Beschlüsse ist bereits berichtet worden.

Die Ausgabenpositionen haben teilweise eine Verminderung erfahren, aber auch verschiedene Einnahmeposten bringen weniger.

Der Ausschüß beantragt, dem Budget mit den vorgeschlagenen Änderungen zuzustimmen, ebenso dem zugehörigen Personalanhang.

Singulärlich der vorliegenden

### Gesuche

folgendes beschlossen werden:

1. das Gesuch der Gemeinden Gerolzahn, Neusäß, Reinhardshausen, Gattersdorf, Kallendrum und Hofgut Geiselnhof vom 21. August 1927, Errichtung einer Güterstelle bei dem Güterplatz Gerolzahn, der Regierung in dem Sinne empfehlend überweisen, die badische Regierung möge bei der Reichsbahnverwaltung für baldige Errichtung einer Güterstation in Gerolzahn eintreten;

2. der Regierung zur Kenntnisnahme überweisen die Gesuche:

a) des Reichsbunds der höheren Beamten, Landesverband Baden, vom 22. 2. 28, Entschädigung der während der Besetzung Offensiv von den Franzosen inhaftierten Beamten,

b) der Landesversicherungsanstalt Baden, Karlsruhe, vom 8. 2. 28, Gewährung eines Staatszuschusses zu den Betriebskosten der Heilstätten Friedrichsheim-Luisenheim,

c) des Bad. Beamtenbundes E. V., Karlsruhe, vom 16. 2. 28, Feilverkaufsverfahren für badische Staatsbeamte und deren Angehörige,

d) des Zentralverbands der Arbeitnehmer öffentl. Betriebe und Verwaltungen, Bezirk Karlsruhe, und des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gau Baden, Karlsruhe, vom 21. 11. 27, Einführung einer Auflohn-, Witwen- und Waisenversicherung für die bad. Staatsarbeiter,

e) der Bad. Beamtenrentenkasse, Karlsruhe, vom 16. 7. 27 und 12. 8. 28, Krankenfürsorge der Beamten,

f) des Verbands deutscher Beamtenrentenkassen, Koblenz, vom 9. 12. 27, im gleichen Betreff,

g) der Krankenkasse für die Gemeindebeamten und -angestellten des Deutschen Reichs, Mannheim, vom 15. 12. 27, im gleichen Betreff.

Eine große Reihe von Gesuchen, darunter vor allem solche zur Grund- und Gewerbesteuer, finden durch die Beschlußfassung zum Voranschlag, die Beamtenpetitionen durch die Annahme des Personalanhangs Erledigung.

Ferner wird beantragt, der Landtag wolle den Antrag der Abg. Klüber u. Gen., Erlassung der Grundsteuer und der Gebäudesondersteuer für das Jahr 1927 in allen rein landwirtschaftlichen Betrieben, durch Annahme des Voranschlags für erledigt erklären, im übrigen, weil Eingriff in das bürgerliche Recht, ablehnen,

b) den Antrag der Abg. Klüber u. Gen., Grunderwerbsteuer, in folgender Fassung annehmen:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß in allen Fällen, in denen sich durch den Ankauf von Grunderwerbsteuer beim Austausch von landwirtschaftlichen Grundstücken unter Landwirten zur Verbesserung der Bewirtschaftung Gärten ergeben, von dem § 108 der Reichsabgabenordnung weitgehend Gebrauch gemacht wird“.

c) dem Antrag der Abg. Hertle u. Gen., Bau der Bahnliesen Königheim-Hardheim und Osterburten-Merchingen, zustimmen,

d) den Antrag der Abg. Dr. Mattes u. Gen., Gebäudesondersteuer der Landwirtschaft, ablehnen.

### Wasser- und Straßenbau

stellt der Ausschüß folgende Anträge:

Einige Einsparungen sollen für weitere Pflasterungen von Straßenbeden bis zu 20 Kilometer verwendet, erforderlichenfalls der für Balzbeden vorgesehene Betrag entsprechend gestürzt werden.

Die Position für Beihilfen an unbemittelte Gemeinden usw. wird von 50 000 M. auf 150 000 M. erhöht.

Die Regierung wird ersucht, zu prüfen, a) ob weitere Kreiswege und Kreisstraßen in den Landtrassenverband aufgenommen und hierfür Mittel im nächsten Voranschlag vorgesehen werden können, b) ob den Kreisen und Gemeinden die ihnen durch den Umleitungsverkehr auf ihren Straßen entstehenden Mehrkosten ersetzt werden können.

Die Anträge der Abg. Dr. Mattes u. Gen., a) Übernahme der durch die Umleitung des Landtrassenverkehrs auf die Kreis- und Gemeindestraßen entstehenden Mehrkosten, b) Übernahme von Kreiswegen des Sekreises in den Landtrassenverband, sollen durch die obige Beschlußfassung für erledigt erklärt werden.

Die Regierung wird ferner ersucht,

1. dem Landtag einen Entwurf eines Gesetzes über die Änderung des Straßengesetzes vom 14. Juni 1884 vorzulegen; die Änderung soll in der Richtung erfolgen, daß die Landtrassengemeinden zu den Unterhaltungskosten der Landtrassen für den laufenden Meter nur etwa in der Höhe herangezogen werden, die der Unterhaltung des laufenden Meters eines Gemeindegeweges im Durchschnitt entspricht;

2. bei der Neuregelung des Finanzausgleichs zu prüfen, ob und inwiefern die Kreise und Gemeinden an dem Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer beteiligt werden können.

Dem Antrag der Abg. Kühn u. Gen., Maßnahmen gegen die Hochwassergefahr, soll zugestimmt, dem Antrag der Abg.

Hertle u. Gen., Straßenbeleuchtung der Gemeinden, die Zustimmung verweigert werden.

Die Gesuche:

1. des Gemeinderats Burgberg um Staatsbeitrag zur Straßenverlegung und zu einem Brückenbau,

2. des Kurvereins Lohndamm wegen Verbesserung der Wehrtafstufe, will man der Regierung empfehlend,

die Gesuche:

1. des Bürgermeisters Wittenschwand und des Verwaltungsrats Unterbach um Gewährung eines Staatszuschusses zur Wegverbesserung,

2. des Kurvereins Titisee und des Vereins der Titiseeintereffenten in Titisee gegen die vom Badenwerk geplante erweiterte Titiseeregulierung,

3. des Bürgermeisters Kehl, Kinzigverlegung,

4. des Verbands bad. Gemeinden wegen Beitragsleistung der Gemeinden zur Unterhaltung der Landstraßen der Regierung zur Kenntnisnahme überweisen, alle sonstigen Anträge und Gesuche für erledigt erklären.

Es folgt nunmehr in Anwesenheit des Gesamtministeriums die

### allgemeine politische Aussprache.

Der Redner des Zentrums, Abg. Geurich, beschäftigt sich zunächst mit dem Ausgang der Reichstagswahlen vom 20. Mai, die für die Demokraten einen unerwarteten Verlust gebracht hätten. Einen Gewinn habe die Wirtschaftspartei erzielt, welcher Abg. Klüber angehört, der jetzt den vieren politischen Wechsel vollzogen haben soll. Es bestehe die große Gefahr, daß er bei nächster Gelegenheit beim Zentrum antrete. (Abg. von Au: Einladung hat er bereits erhalten! — Große Heiterkeit.) Redner meint, diese Einladung könnte nur ironisch gemeint sein. Auch die Zentrumspartei — so fährt er fort — hat schmerzhafte Verluste erlitten. Das Zentrum habe seit der Umwälzung übermenschliches im Sinne des positiven Fortschrittes geleistet. Mit dem Augenblick, da man das Reparationsproblem aus der Sphäre des politischen Kampfes herausgehoben und in den Bereich der wirtschaftlichen Betrachtung übergeführt hat, habe der Aufstieg des deutschen Volkes begonnen. Das Zentrum habe mitgeholfen an der Rettung Deutschlands und sich damit ein großes, geschichtliches Verdienst erworben. Der Redner würdigt in diesem Zusammenhang das Wirken des Zentrumsführers Dr. Marx als Politiker und Mensch. Die Anerkennung durch die Sozialdemokratie hätte vor dem Wahlkampf kommen sollen. Ebenso sei es dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ergangen, der mit der Aufhebung, wieder in das Reichskabinett einzutreten, die glänzende Rechtfertigung seiner Politik im Interesse der deutschen Arbeiterschaft gefunden habe. Im Reich machten sich erneut Einigungsbestrebungen des Liberalismus bemerkbar. In Baden scheine dieser Einigungswillen weniger vorhanden zu sein. Als dringlich fordert der Abg. Geurich die Wahlreform. Er setzt sich dann mit dem ideal schönen, aber nach seiner Meinung praktisch unmöglichen Programm der christlich-sozialen Partei auseinander. Die Sprache des Herrn Vitus Heller würde der Linken gut antehen.

Die Wirtschaftslage habe sich gebessert. Der deutsch-französische Handelsvertrag sei als ein Erfolg der letzten Regierung zu bewerten. Man dürfe sich darüber freuen, daß die deutschen Qualitätsleistungen heute vom Auslande rückhaltlos anerkannt werden. Regierung und Parlament dränge sich immer mehr die Notwendigkeit einer planmäßigen Landwirtschafts- und Bodenpolitik auf.

Die Nationalisierung lehnen wir nicht ab, aber sie muß eine Gestalt erhalten, bei der auch das arbeitende Volk zu seinem Rechte kommt. Erforderlich sei eine verschärfte Gesetzgebung gegen Kartelle und Trusts. Die Förderung des Wohnungsbaus betrachte das Zentrum nicht nur als eine produktive Maßnahme, sondern unter dem Gesichtspunkt, der seelischen und geistigen Hebung der Arbeiterschaft. Wir wünschen die Stärkung des Familien sinnes. In einer Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten bemerkt der Redner, ihre Versuche, in den Reihen der katholischen Arbeiterschaft Boden zu gewinnen, würden fehlschlagen. (Zwischenrufe.) Diese sehe ihre politische Vertretung nach wie vor in der Zentrumspartei. (Erneute Zwischenrufe aus Seiten der Sozialdemokraten.) Im Zentrum gebe es keinen rechten und keine linken Flügel. (Rufen links.) Das badische Zentrum stehe einig und geschlossen da.

Um 12 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. Da nachmittags der Haushaltsausschüß tagt, wird das Plenum erst um 5 Uhr die Debatte fortsetzen.

### Konsularische Vertretung Belgiens

Neben den belgischen Konsulaten in Karlsruhe und Mannheim ist der königl. belgische Generalkonsul in Köln, F. A. Breiret zum Ausübung konsularischer Amtshandlungen im Lande Baden zugelassen worden. Außer durch das Generalkonsulat in Köln werden belgische Einreisefachvermerke auch durch die belgische Poststelle in Frankfurt a. M., Jungb. 2, erteilt.

Königen 9. Juli. Die hiesige Realschule, die im Jahre 1878 als höhere Bürgerschule ihre Pforten aufst, kann in diesem Jahre auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Als Festtage sind der 29. September bis 1. Oktober vorgesehene. Alle diejenigen, die das in diesen Tagen verhandelte Rundschreiben nicht erhalten haben, mögen sich durch eine kurze Mitteilung melden, damit auch sie in den Kreis der Einladungen einbezogen werden können.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Nachdem es gestern bei Temperaturen bis zu 26 Grad noch meist heiter geblieben war, ist mit dem Vorbezug der gestern bis Frankreich reichenden Druckfront auch bei uns Trübung mit Strichregen eingetreten. Ein von Frankreich nachfolgendes, ostwärts wanderndes Tiefhoch wird jedoch bald wieder Aufhellung herbeiführen, die auch morgen anhalten wird. Nach den starken Winden auf der Vorderseite der neuen ozeanischen Luftwirbel ist ein rasches Vordringen dieser nicht zu erwarten. Vermutlich ziehen sie in nordöstlicher Richtung weiter. Wetterausichten für Mittwoch: Vorwiegend heiter, trocken und warm.

### Staatsanzeiger

#### Bekanntmachung

Die Wahl der Besitzer des Ober-

versicherungsamts Konstanz.

Gemäß § 31 der Wahlordnung vom 7. Dezember 1927 (Amtl. Nachr. für Reichsversicherung S. 545 ff.) gebe ich das Ergebnis der Wahl der Besitzer bekannt.

Für die Wahl der Arbeitgeber und der Versicherten ist nur je eine Vorschlagsliste eingereicht worden. Die in diesen Listen Genannten gelten somit je folgt als gewählt:

#### 1. Als Vertreter der Arbeitgeber

1. Bischoff, Dr. Alfred, Syndikus, 87 J., Radolfzell, Mettnaustr. 9.

2. Dasinger, Dr. Eduard, Direktor, 51 J., Konstanz, Seest. 3.

3. Dienst, Dr. Josef, Syndikus, 30 J., Donaueschingen.

4. Reibhart, Arthur, Prokurist, 62 J., Konstanz, Lagermoosstr. 2.

5. Probst, Dr. Friedrich, Syndikus, 41 J., Konstanz, Neuhauferstr. 33.

6. Rudolf, Dr. Franz, Syndikus, 31 J., Gottmadingen.

7. Greiner, Otto, Baumeister, 56 J., Konstanz, Beethovenstr. 24.

8. Marx, Josef, Zimmermeister, 53 J., Konstanz, Wallguthstr. 17.

9. Schwarzwälder, Anton, Gipsermeister, 42 J., Radolfzell, Johannisstr. 26.

10. Weisshaupt, Lorenz, Schmiedmeister, 60 J., Konstanz, Bodanstr.

11. Wägerle, Hermann, Schreinermeister, 55 J., Konstanz, Konradigasse 29.

12. Gnädinger, Wilhelm, Metzgermeister, 34 J., Konstanz, Hausenstr. 16.

13. Dittus, Wilhelm, Baumeister, 53 J., Konstanz, Belfortstr. 15.

14. Rannebach, Wilhelm, Prokurist, 35 J., Konstanz, Obere Laube 19a.

15. Ehring, Georg, Prokurist, 36 J., Singen, Remisshofstr. 13.

16. Cuius, Dr. Hans, Gutsbesitzer, 50 J., Weiberhof bei Radolfzell.

17. Lessing, Friedrich, Gutsbesitzer, 52 J., Finkenweiler bei Markdorf.

18. Käufer, Eugen, Gutsbesitzer, 35 J., Gittisheimerhof, Post Worblingen.

19. Arnold, Fritz, Dipl.-Ing. und Bürgermeister, 44 J., Konstanz.

20. Greber, Karl, Postinspektor, 58 J., Konstanz, Sedanstr. 6.

#### Stellvertreter:

21. Hillmann, Traugott, Prokurist, 35 J., Singen.

22. Anauerhase, Willi, Direktor, 40 J., Waldshut.

23. Krüger, Walter, Direktor, 49 J., Immendingen.

24. Rathschild, Emil, Fabrikant, 51 J., Konstanz.

25. Schuster, Paul, Direktor, 51 J., Singen.

26. Seib, Anton, Betriebsleiter, 35 J., Meersburg.

27. Fahr, Heinrich, Fabrikdirektor, 60 J., Etodach.

28. Klett, Viktor, Metzgermeister, 52 J., Konstanz.

29. Hoffmann, Robert, Bäckermeister, 49 J., Singen.

30. Bulach, Gustav, Küfermeister, 47 J., Pfüllendorf.

31. Tränkle, Georg, Schlossermeister, 48 J., Singen.

32. Dieter, Rudolf, Friseurmeister, 53 J., Konstanz, Neugasse 31.

33. Erle Richard, Orthopäd. Schuhmacher, 36 J., Konstanz, Wilhelmstr. 32.

34. Müller, Peter, Schneidermeister, 57 J., Waldshut.

35. Weibel, Albert, Buchdruckerbesitzer, 41 J., Billingen.

36. Daenker, Hans, Sattler, 55 J., Konstanz, Gartenstr. 22.

37. Ermele, Karl, Malermeister, 49 J., Konstanz, Schwedenschanze 13.

38. Hauptmann, Johannes, Hafnermeister, 45 J., Billingen.

39. Fürst, Emil, Elektromeister, 52 J., Konstanz, Mosagrabenstr. 12.

40. Bohe, Wilhelm, Konditormeister, 45 J., Konstanz, Wessenbergstr. 37.

#### 2. Als Vertreter der Versicherten

1. Lehmann, Karl, Tiefbauarbeiter, 41 J., Konstanz, Esfäferstr. 3.

2. Klausmann, Karl, Schriftföher, 30 J., Konstanz, Paradiesstr. 14.

3. Schleicher, Karl, Schreiner, 34 J., Billingen, Warenburgstr. 17.

4. Fischer, Karl, Metallarbeiter, 38 J., Singen, Hauptstr. 51.

5. Stadel, Christian, Verm.-Imp., 38 J., Konstanz, Schwedenschanze 7a.

6. Mauch, Heinrich, Uhrmacher, 25 J., Billingen, Mönchweilerstr. 20.

7. Speck, Stefan, Angestellter, 45 J., Singen, Gartenstadt.

8. Wauer, Martin, Tagelöhner, 53 J., Volkertschauen.

9. Hauffe, Alfred, Zimmerer, 37 J., Waldshut, Gurtreiterstr. 27.

10. Biller, Alfred, Ziegeleiarbeiter, 41 J., Konstanz, Konradigasse 7.

11. Allmeyer, Albert, Vorarbeiter, 56 J., Konstanz, Rheingutstr. 22.

12. Brad, Theodor, Former, 50 J., Singen, Greutstr. 16.

13. Reiser, Paul, Landarbeiter, 57 J., Donaueschingen, Kronenstr. 3.

14. Dieterle, Desiderius, Vater, 51 J., Radolfzell, Schützenstraße.

15. Erne, Karl, Holzschmied, 49 J., Billingen, Mönchweilerstr. 11.

16. Willmann, Reinhard, Drechsler, 48 J., Billingen, Niederstr. 86.

17. Roth, Josef, Angestellter, 32 J., Konstanz, Mangoldstr. 21.

18. Linder, Andreas, Rechnungsföher, 32 J., Konstanz, Im Klostergut 11.

19. Paschnagel, Severin, Maurer, 69 J., Albrud.

20. Storz, Jannh, Arbeiterin, 46 J., Singen, Friedenstr. 2.

#### Stellvertreter:

21. Wahl, Anton, Angestellter, 42 J., Konstanz, Reichenaustr. 4.

22. Wünger, Alfred, Textilarbeiter, 24 J., Volkertschauen.

23. Reich, Heinrich, Betriebsmonteur, 43 J., Billingen, Waldstr. 19.

24. Kopp, Josef, Stadtgärtner, 28 J., Billingen, Schulstr. 7.

25. Hepling Konrad, Zementeur, 32 J., Donaueschingen, Mag. Egonstr. 5.

26. Aufschä, Bruno, Kürschner, 51 J., Konstanz, Wiesenstr. 25.

27. Strobel, Paul, Schriftföher, 48 J., Singen, Jahnstr. 29.

28. Röffler, Johann, Eisenbreher, 42 J., Radolfzell, Schützenstr. 68.

29. Rothweiler, Adolf, Schreiner, 53 J., Konstanz, Reichenaustr. 37.

30. Schwald, Josef, Former, 51 J., Singen, Eisenbahnstr. 4.

31. Wöhler, Eugen, Maschinist, 30 J., Burg, Schiffstr. 5.

32. Schulz, Edwin, Prokurist, 38 J., Konstanz, Turnierstr. 24.

33. Göb, Karl, Masch.-Schlosser, 53 J., Konstanz, Jakobstr. 28.

34. Thoma, Johann, Kammermeister, 32 J., Billingen.

35. Siegler, Erwin, Lagerist, 31 J., Waldshut, Fischbacherstr. 2.

36. Wind, Gustav, Weber, 36 J., Konstanz, Lagermoosstr. 26.

37. Krüger, Karl, Bauarbeiter, 35 J., Billingen, Ortsstr. 71.

38. Schmid, Gustav, Mechaniker, 45 J., Billingen, Warenburgstr. 2.

39. Conzath, Ernst, Schneider, 47 J., Donaueschingen, Schulstr. 12.

40. Wauer, Hortense, Stenotypistin, 25 J., Konstanz, Werberstr. 13.

Konstanz, den 6. Juli 1928.

Der Wahlleiter: Dr. Reimer.

Am 14. Juli d. J. wird die neue Teilstrecke der Puzgastbahn Raunmünzach-Moosrainenbad mit den Stationen Kirchbaumtofen, Schönmünzach, Schwanzenberg (Haltepunkt), Duzenbad und Röt eröffnet.

Reichsbahnverwaltung Karlsruhe.



### Todes-Anzeige

Am letzten Samstag wurde uns unsere liebe gute Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Tante, die verwitwete

Frau Kanzleirat

**Anna Wittemann**

geb. Blatz

im 82. Lebensjahre, wohl vorbereitet, entrisen.

Für die trauernd Hinterbliebenen:  
Frau Maria Wittemann und  
Präsident Wittemann

Buchen, Karlsruhe, 10. Juli 1928

Auf alle  
**Möbel- und Polsterwaren**  
während des **Saison-Ausverkaufs**  
nur prima Qualitäten  
**10% Rabatt**  
**Möbelhaus Seiter, Waldstraße 7**

**Bruch-Heilung**

ohne Operation, ohne Berufshilfe  
wurde durch unsere Behandlungsart sogar in schwersten Fällen in erstaunlichem Maße erzielt und uns in Hunderten von Urteilen bestätigt.

Niederlegen und Prospekt auf Wunsch kostenlos.  
Rückporto erwmünscht.

Zur Behandlung kommen Reisten, Schenkel, Nabel, Arden, Bauch- und Wasserbrüche.

Sprechstunde unseres approb. Vertrauensarztes in:  
**Karlsruhe:** Freitag, 13. Juli, nachmittags 2-6 Uhr, Bahnhofs-Hotel. 739

**Karlsruhe:** Sonnabend, 14. Juli, vorm. 9-1 Uhr, und nachmittags 2-6 Uhr, Hotel Luz, am alten Bahnhof.

**Pforzheim:** Sonntag, 15. Juli, vorm. 9-2 Uhr, Hotel Santa, Bahnhofstr.

**Bruchsal:** Montag, 26. Juli, vorm. 9-1 Uhr, Bahnhofs-Hotel Friedrichshof.

„Hermes“ Ärztliches Institut für orthopädische Bruchbehandlung G. m. b. H., Hamburg, Eiplande 6.  
(Ärztl. Leiter: Dr. G. R. Meyer.)

Ältestes und größtes ärztliches Institut dieser Art.

Die Gemeinde **Friesenheim** (Amt Lahr) sucht einen gebrauchten, noch gut erhaltenen

**Spritzwagen.**

Preisangebote sind bis **20. d. M.** an das Bürgermeisteramt daselbst zu richten.

Der Gemeinderat. 749

### Ablösung der Gemeindeforderungen betr.

Bei der am 2. Juli 1928 vorgenommenen Auslösung der Anleiheablösungsschuld der Stadtgemeinde Neustadt für die Jahre 1926 und 1927 sind folgende Stücke gezogen worden:

**für 1926:**  
Buchstabe A zu 50,- RM die Nummern 9, 16 und 18,  
Buchstabe B zu 25,- RM die Nummern 1, 7, 55 und 59,  
Buchstabe C zu 12,50 RM die Nummer 16;

**für 1927:**  
Buchstabe A zu 50,- RM die Nummern 6, 8 und 59,  
Buchstabe B zu 25,- RM die Nummern 39, 43 und 61,  
Buchstabe C zu 12,50 RM die Nummer 23.

Die Stücke (Auslösungsscheine mit Schuldberechtigungen) werden gegen Abgabe bei der Stadtkasse Neustadt (Bad. Schwarzwaldb) mit dem siebenfachen ihres Nennbetrages eingelöst.

Neustadt (Schwarzwaldb), den 4. Juli 1928.

Der Gemeinderat.

### G. BRAUN

(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)  
G. m. b. H.

**KARLSRUHE**  
Karl - Friedrich - Straße 14

fertigt Drucksachen aller Art für Industrie, Handel, Behörden und Private

Kurze Lieferfristen  
Preise mäßig

# SAISON-Ausverkauf!

Das Lager muß geräumt werden, daher rücksichtslos herabgesetzte Preise!

Mousseline . . . . .	0,95 0,75 0,48	Weißtuch . . . . .	0,65 0,50 0,42
Baumwollkreppe . . . . .	1,10 0,95	Haustuch, 80 cm schwer . . . . .	1,10
Washseide . . . . .	2,- 1,25 0,85	Haustuch, 150 cm schwer . . . . .	2,25 1,65
Schweizer Voll-Voile . . . . .	1,90 1,50	Halbleinen, 80 cm . . . . .	1,35 1,15
Pulloverstoffe . . . . .	1,10 0,95	Halbleinen, 150 cm . . . . .	2,25 2,-
Dirndelstoffe . . . . .	0,90 0,80 0,68	Damast, gestreift, 130 cm . . . . .	1,45 1,25
Trachtenstoffe, echtfarb. . . . .	1,30 0,95	Damast, gebäumt, 130 cm . . . . .	1,75 1,65
Zefir in riesiger Auswahl . . . . .	0,80 0,70 0,65	Handtuchstoffe . . . . .	0,38 0,32 0,28
Sportflanell . . . . .	1,- 0,85 0,65	Gläsertücher . . . . .	0,54 0,38 0,27

**10% auf sämtliche nicht aufgeführten Artikel!**

**Rudolf Kutterer** Markgrafenstraße 32 am Lidelplatz

### Städtische Sparkasse Wiesloch.

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kasse . . . . .	27 005,74	1. Guthaben der Einleger auf Sparkonto:	
2. Wechsel . . . . .	15 722,05	a) Aufwertung	
3. Effekten . . . . .	43 862,40	706 871,16 RM	
4. Guthaben bei Banken u. a. Geschäftsanteile, Konten bei der Girozentrale Mannheim	64 000 RM	b) Neuanlagen	
	75 213,11	lage 1 472 451,87	2 178 323,03
5. Darlehen gegen Hypothek:		Desgleichen auf Girokonto	
a) Aufwertung		185 002,98	
627 000,93 RM		2. Anlehenskapitalien . . . . .	177 889,16
b) Neuanlagen		3. Aufwertungsstock . . . . .	28 364,06
lage 762 248,11	1 389 249,04	4. Ausgaberrückstand . . . . .	6 514,18
6. Darlehen auf Schuldscheine an Gemeinden:		5. Rücklagen:	
a) Aufwertung		a) besondere Rücklage	8 000,-
14 498,66 RM		b) gesetzliche Rücklage am 1.1.1927	132 578,70 RM
b) Neuanlagen		c) Reinertrag per 1927	24 478,70
lage 284 300,-	298 798,66		157 057,40
Desgleichen an Private:			
a) Aufwertung			
12 931,23 RM			
b) Neuanlagen			
lage 364 858,63	377 789,86		
7. Kontoforrentkredite . . . . .	441 633,78		
8. Einnahmerückstände . . . . .	51 875,17		
9. Verwaltungsgeld . . . . .	20 000,-		
10. Inventar . . . . .	1,-		
	2 741 150,81		2 741 150,81

### Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

8% aus 2 363 326,01 RM Einlagen	189 066,08 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926	132 578,70 RM
Zuweisung aus dem Reingewinn 1927	24 478,70
	157 057,57
Somit weniger	32 008,51 RM

Wiesloch, den 18. Juni 1928.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Dr. Gröppler, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter: Th. Schropp, Sparkassenvert.

### Öffentliche Verbandssparkasse Bonndorf i. Schw.

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand . . . . .	10 006,77	1. Spareinlagen . . . . .	873 907,95
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkassendamt . . . . .	67 612,57	2. Giro- und Kontoforrenteinlagen . . . . .	201 635,84
3. Wertpapiere . . . . .	121 782,50	3. Anlehens- und andere Schulden . . . . .	123 085,21
4. Wechsel . . . . .	51 738,16	4. Rücklagen:	
5. a) Darlehen auf Hypotheken . . . . .	583 420,21	a) gesetzl. Reservefonds . . . . .	33 722,95
b) Grundstückskaufgeld . . . . .	152 924,50	b) Sonderrücklage . . . . .	19 259,18
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private . . . . .	135 483,12	c) Aufwertungsstock . . . . .	227 479,50
7. Darlehen auf Schuldscheine . . . . .	99 618,36	5. Reingewinn vom Jahre 1927	16 975,14
8. Darlehen an Gemeinden	246 418,07		
9. Einnahmerückstände . . . . .	26 458,51		
10. Grundstücke und Gebäude . . . . .	2,-		
11. Gerätschaften . . . . .	1,-		
	1 496 065,77		1 496 065,77

### Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

5% aus 1 075 543,79 RM Einlagen	53 777,15 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926	33 722,95 RM
Zuweisung aus dem Reingewinn 1927	16 975,14
Zuweisung aus der Sonderrücklage 1926	3 079,06
	53 777,15

Bonndorf, den 6. Juli 1928.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Raifer.

Der Geschäftsleiter: Grether.

### Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Druck G. Braun, Karlsruhe

### GALERIE MOOS

Kaiserstraße Nr. 187  
zeigt im Juli 1928

### Meisterwerke der Malerei

in Hanfstengel-Drucken  
Preiswerte Kunstwerke für das neuzeitl. Heim! 747  
Eintritt 20 Rpf.

### Stadt Pforzheim.

### Nachauslösung von Auslösungsscheinen der Ablösungsanleihe.

Für die Ablösungsscheine mit Auslösungsscheinen im Nennwert von 58 425 RM, die nach der ersten, am 27. März 1928 vorgenommenen Auslösung weiter ausgegeben worden sind, wurden am 7. Juli 1928 für die Jahre 1926 und 1927 folgende Auslösungsscheine zur Rückzahlung gezogen:

Buchstabe A 4 Stück, Nennwert 500 RM.  
Nr. 900, 913, 934, 946.

Buchstabe B 5 Stück, Nennwert 200 RM.  
Nr. 621, 633, 647, 664, 680.

Buchstabe C 4 Stück, Nennwert 100 RM.  
Nr. 1147, 1159, 1170, 1184.

Buchstabe D 4 Stück, Nennwert 50 RM.  
Nr. 2945, 2963, 2978, 2999.

Buchstabe E 3 Stück, Nennwert 25 RM.  
Nr. 4461, 4477, 4498.

Buchstabe F, 18 Stück, Nennwert 12,50 RM.  
Nr. 3064, 3117, 3148, 3172, 3202, 3218, 3244, 3247, 3262, 3284, 3315, 3343, 3359, 3389, 3399, 3416, 3432, 3462.

Die für die Jahre 1926 und 1927 gezogenen Auslösungsscheine werden mit dem achtfachen Betrag ihres Nennwertes zurückbezahlt. An den gesetzlichen Zinsen mit jährlich 5 v. S. für die Zeit vom 1. Januar 1926 bis 30. Juni 1928, zusammen 12,5 v. S., werden 10 v. S. Kapitalertragssteuer für Rechnung der Reichsfinanzkasse abgezogen.

Kapital und Zinsen können von heute ab bei der Stadtkasse Pforzheim gegen Rückgabe des Auslösungsscheines und einer Ablösungsanleihe im gleichen Nennwert erhoben werden.

Von den bei der I. Auslösung am 27. März 1928 gezogenen Stücken sind noch nicht eingelöst:

Buchstabe A, Nennwert 500 RM.  
Nr. 111, 143, 167, 188, 215, 222, 289, 295, 300, 305, 314, 331, 332, 341, 351.

Buchstabe C, Nennwert 100 RM.  
Nr. 113, 183, 212, 269, 330, 431, 493.

Buchstabe D, Nennwert 50 RM.  
Nr. 136, 321, 436, 820, 928, 960, 1108, 1302, 1375, 1387, 1441, 1610, 1631, 1729, 2244, 2323, 2762.

Buchstabe E, Nennwert 25 RM.  
Nr. 151, 268, 437, 452, 470, 493, 505, 531, 582, 633, 769, 1130, 1143, 1160, 1172, 1191, 1218, 1277, 1337, 1352, 1381, 1402, 1422, 1444, 1512, 1531, 1553, 1567, 1596, 1612, 1628, 1646, 1666, 1674, 1691, 1701, 1715, 1734, 1751, 1770, 1821, 1869, 1888, 1925, 1938, 1949, 1981, 1998, 2003, 2040, 2070, 2107, 2243, 2335, 2444, 2624, 2698, 2709, 2803, 3561, 4253, 4297.

Buchstabe F, Nennwert 12,50 RM.  
Nr. 264, 346, 377, 477, 499, 707, 724, 747, 791, 818, 838, 870, 890, 911, 944, 1153, 1178, 1197, 1213, 1229, 1239, 1293, 1388, 1407, 1422, 1581, 1649, 1696, 1807, 1847, 1894, 1941, 1968, 2002, 2054.

Die Verzinsung dieser Stücke hat mit dem 31. März 1928 aufgehört.

Pforzheim, den 9. Juli 1928.

Der Oberbürgermeister.

Schreibmaschine  
**Orga-Privat**  
monatlich 14 RM  
Generalvertretung:  
A. Stroble, Karlsruhe  
Belchenstraße 40

Leser Bücher  
Wissen ist Macht!

N. 388. Bühl. Im Kontursverfahren über das Vermögen der „Tiefenbacher Tabakfabrik, G. m. b. H. in Bühl“, ist Termin zur Beschlußfassung der Gläubigerversammlung über die Inanspruchnahme der bisherigen Geschäftsführer der im Konkurs befindlichen Firma wegen Schadenersatzes bestimmt auf: Samstag, den 21. Juli 1928, vormittags 10 Uhr, II. Stock, Zimmer Nr. 10.

Bühl, den 7. Juli 1928.

Bad. Amtsgericht II.

Freihändiger  
**Rugholzverkauf.**

Babisches Forstamt Bab Peterstal, Mittwoch, den 18. Juli d. J., 820 Fm. Nadelstammholz aller Klassen aus Staatswald Hundstapf. Losverzeichnis durch das Forstamt.

Freihändiger  
**Rugholzverkauf.**

Forstamt Kirchgarten, Freitag, den 20. Juli: 4000 Fm. Nadelstammholz. Losverzeichnis durchs Forstamt.

N. 390. Karlsruhe. Güterrechtsregisterinträge

1. Zu Band I S. 109: Appel, Otto, Kaufmann, Karlsruhe, und Paula Emma geb. Post. Vertrag vom 16. Juni 1928. Erbschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 2. Juli 1928.

2. Seite 110: Weber, Karl, Maschinenfleischer, Karlsruhe, und Maria Auguste geb. Schmidt. Vertrag vom 26. Juni 1928. Gütertrennung. 3. Juli 1928.

3. Seite 111: Maier, Albert, Sekretär a. D., Karlsruhe, und Emma geb. Maier. Vertrag vom 29. Juni 1928. Gütertrennung. 3. Juli 1928.

4. Seite 112: Sachsenmaier, Anton, Maschinenarbeiter, Karlsruhe, und Mathilde geb. Seib. Vertrag vom 25. Juni 1928. Gütertrennung. 4. Juli 1928.

5. Seite 113: Wolfgang, Ludwig, Friseurmeister, Karlsruhe, und Theresie geb. Wolf. Vertrag vom 3. Juli 1928. Erbschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 6. Juli 1928.

6. Seite 114: Amtsgemeinschaft Karlsruhe.